

## **Haushaltsrede von Jörg Becker, Fraktionsvorsitzender, in der Sitzung des Rates am 6.12.2018**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

„Investieren um zu sparen“ – unter dieses Motto stellt der Herr Oberbürgermeister seine bisherige Haushaltspolitik. Und für wahr, es finden sich auch in diesem Haushalt notwendige und lange überfällige Investitionen, unter anderem in Schulen, städtische Gebäude und die Feuerwehr. Doch wird auch hier immer wieder deutlich, dass die geplanten Investitionen nicht annähernd geeignet sind, die gravierenden Versäumnisse der vergangenen Jahre aufzuarbeiten. Hier möchte ich beispielhaft nur das Schulzentrum Vogelsang nennen, dessen eklatanter Sanierungsstau dringend anzugehen ist.

Ebenso unterbleiben notwendige Investitionen, beispielsweise im Bereich des offenen Ganztags. Hier werden weiterhin keine Strukturen geschaffen, die ein gutes Lern- und Arbeitsumfeld für Schüler\*innen und Beschäftigte bieten. Wir fordern die Einführung verbindlicher Standards für alle Räumlichkeiten – denn die gibt es bislang nicht – und deren schnellstmögliche Umsetzung.

Kinder, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind unsere Zukunft.

Auch Oberbürgermeister Kurzbach hat in seiner Haushaltsrede auf die Bedeutung von Investitionen in Schulinfrastruktur und Kindertagesstätten hingewiesen.

Doch in diesem Zusammenhang muss die Frage erlaubt sein, wie glaubwürdig das Bekenntnis zu den Trägern unserer Zukunft ist, wenn im vorliegenden Haushalt weitere Einsparungen im Bereich der Hilfen zur Erziehung geplant sind. Solche Einsparungen laufen auf eine Verschlechterung der Lebensumstände von Kindern hinaus. Ein glaubwürdiges Bekenntnis zur jungen Generation würde eigentlich bedeuten, dafür Sorge zu tragen, dass alle Kinder Rahmenbedingungen geboten bekommen, die eine optimale Entwicklung ermöglichen. Doch Einsparungen im Bereich der Jugendhilfe bewirken das Gegenteil.

Auch bei den Elternbeiträgen für Kindertagesstätten und den offenen Ganztags ist bedauerlicherweise kein Umdenken zu erkennen. Stattdessen wird die bisherige, unsoziale Erhebungsstruktur beibehalten.

DIE LINKE fordert weiterhin die Aufhebung der Elternbeitragssatzung, um eine gleichwertige Betreuung unabhängig vom Einkommen der Erziehungsberechtigten zu gewährleisten.

Und was nützen unseren Kindern digitale Klassenzimmer, wenn ihre Eltern in Solingen keine bezahlbaren Wohnungen finden? Das von der Verwaltung vorgelegte Handlungskonzept Wohnen zeigt auf, dass uns die Verwerfungen auf dem Solinger Wohnungsmarkt in den kommenden Jahren zunehmende Probleme bereiten werden, sollten wir keine geeigneten Maßnahmen dagegen ergreifen. DIE LINKE hat im vergangenen Jahr verschiedene Vorschläge zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums gemacht, die von der Mehrheit des Rates zurückgewiesen worden sind. Auch heute haben Sie, meine Damen und Herren, die Chance, mit uns gemeinsam neue Wege zu gehen. Stimmen Sie der von uns beantragten Schaffung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft zu, die geeignet ist den Wohnungsmarkt für alle Solinger\*innen positiv zu beeinflussen. Auf diese Weise wäre auch das Ziel zur Senkung der Kosten der Unterkunft zu erreichen.

Auch die Grundsteuer B nimmt erheblichen Einfluss auf die Mietpreise. Deshalb fordern wir von der vorgeschlagenen Erhöhung Abstand zu nehmen und die erforderlichen Mehreinnahmen durch eine moderate Erhöhung der Gewerbesteuer und eine verstärkte Überprüfung der Gewerbesteuerpflichtigen zu erzielen.

Ein weiterer Bereich, in dem massive Investitionen geplant sind, ist der Verkehr. Auch hier fordern wir ein Umdenken. Insbesondere mit Blick auf die von uns allen gemeinsam verabschiedete Nachhaltigkeitsstrategie darf der Schwerpunkt der Investitionen nicht weiterhin im Bereich des motorisierten Individualverkehrs liegen. Ein Umsteuern von Mitteln zu Gunsten eines Ausbaus des ÖPNVs zum Erreichen der gemeinsam gesetzten Ziele ist unerlässlich, weil Nachhaltigkeit eben keine unverbindliche Leerfloskel bleiben darf.

DIE LINKE hat im Zuge der Haushaltsberatung einige Vorschläge zur Verbesserung der Einnahmesituation aufgezeigt. Neben der bereits erwähnten Erhöhung der Gewerbesteuer fordern wir die Einführung eines Begrüßungsgeldes für zuziehende Studierende und Auszubildende, um diese zum Ummelden nach Solingen zu bewegen. Hieraus resultiert eine Erhöhung der Mittel aus dem kommunalen Finanzausgleich, die dem Haushalt zu Gute kommen. Ebenso führt der von uns geforderte Einsatz des Kommunalen Ordnungsdiensts zur Überwachung des ruhenden Verkehrs, neben einer Erhöhung der Verkehrssicherheit, zu Mehreinnahmen im Haushalt.

Auch die Ausgabenseite haben wir im Blick. Das bei Kürzungen in beinahe allen Teilbereichen ausgerechnet das Büro des Oberbürgermeisters keine Etateinbussen hinnehmen muss, ist aus unserer Sicht nicht zu vermitteln. Ebenso ist es nicht nachvollziehbar, dass die Ratsmehrheit von beinahe allen Bereichen Einsparungen fordert und zugleich die Verfügungsmittel der Ratsfraktionen weiter steigen. In diesem Zusammenhang kann ich Sie nur auffordern, unserer Forderung nach einer 10% Senkung der Zuwendungen zuzustimmen.

Eine weitere gravierende Schwäche des vorliegenden Haushalts, ist die weiterhin eingeplante Unterbesetzung der Stadtverwaltung. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Verwaltung durch eine ausreichende Zahl von Beschäftigten in allen Bereichen handlungsfähig bleibt. Hierzu ist zumindest eine 100% Auslastung des Stellenplans erforderlich.

Als Vorsitzender des Kulturausschusses kann ich selbstverständlich auch die Kürzungen im Budget des Kulturmanagements nicht unbeachtet lassen. Diese werden dauerhaft zu einer weiteren Ausdünnung des Kulturangebots führen, der wir uns weiterhin widersetzen werden. Kein Mensch in Solingen kann mir erklären, dass dieser Haushalt bei Kultur und den Ausgaben für junge Menschen spart und zugleich mit dem Bund der Vertriebenen – ein Verband der unwidersprochen von Journalist\*innen als NS-Nachfolgeorganisation bezeichnet wird – jedes Jahr freiwillige Zuwendungen aus dem Haushalt gewährt. Was im übrigen die NS-Bezüge des Bundes der Vertriebenen angeht, empfehle ich Ihnen für die nächsten Tage die Lektüre von Wikipedia.

„Weltliche Weisheit lehrt, dass es besser für den Ruf ist, konventionell zu versagen, als unkonventionell erfolgreich zu sein.“ Man könnte meinen, sehr geehrter Herr Weeke, Sie hätten sich diesen Satz des Ökonomen John Maynard Keynes bei Erstellung des vorgelegten Haushalts zur Devise genommen. Anstatt neue und unkonventionelle Wege zu gehen, um die Lebenssituation aller Solinger\*innen zu verbessern, bleibt auch dieser Haushalt inspirationslos und ohne durchgreifende positive Zeichen für die Zukunft.

Doch diese braucht es, damit Solingen eine für alle Bürger\*innen lebenswerte Stadt bleibt.

Hierbei ist es am Ende nicht ausreichend, sich mit durchaus berechtigter Kritik an die Landes- und Bundesebene zu wenden. Selbstverständlich liegen hier die Schalthebel, um für eine dauerhafte Sicherstellung ausreichender Kommunalfinanzen zu sorgen und insbesondere das Problem der kommunalen Altschulden zu lösen. Doch dürfen wir in Solingen uns nicht hinter dieser Ebenen-Diskussion verstecken. Neben einem konsequenten Einsatz für die strikte Einhaltung der Konnexität und eine ausreichende finanziellen Ausstattung der Kommune, gilt es Wege zu finden, mit den vorhandenen Steuerungsmöglichkeiten Verbesserungen für die Bürger\*innen zu erreichen.

Leider wurde uns auch in diesem Jahr Seitens der anderen Fraktionen nicht die Möglichkeit gegeben uns an den Verhandlungen zum Haushalt zu beteiligen. Wie schon in den vergangenen Jahren fanden die Verhandlungen nicht in den zuständigen Fachausschüssen statt, sondern wurden von den anderen Fraktionen unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt. Diese allseitige Verachtung demokratischer Spielregeln zeichnet ein beschämendes Bild dieses Rates.



Abschließend kann ich nur sagen, dass DIE LINKE einem Haushalt der die sozialen und infrastrukturellen Probleme unserer Stadt nicht angeht und zugleich falsche Schwerpunkte setzt nur die Zustimmung verweigern kann.

Ich halte es heute mit dem großen Ökonomen John Maynard Keynes. Mit ihm möchte ich meine Rede abschließen:

„Der Tag ist nicht weit, an dem das ökonomische Problem in die hinteren Ränge verbannt werden wird, dort, wohin es gehört. Dann werden Herz und Kopf sich wieder mit unseren wirklichen Problemen befassen können - den Fragen nach dem Leben und den menschlichen Beziehungen, nach der Schöpfung, nach unserem Verhalten und nach der Religion.“